

Vorsitzende der Fraktionen der Parlamente der Kantone  
Obwalden, Nidwalden, Schwyz, Uri und Zug

An die Mitglieder  
des Kantonsrates des Kantons Luzern

Februar 2010

**Appell für starke Bildungsinstitutionen in der Zentralschweiz  
(zum Entlastungspaket 2011)**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kantonsrates

Der Lebens- und Wirtschaftsraum Zentralschweiz braucht starke Bildungsinstitutionen. Es liegt im Interesse aller Zentralschweizer Kantone, dass Luzern die Stellung als wettbewerbsfähiger Bildungsstandort halten kann. Aus gemeinsamer Verantwortung appellieren wir deshalb an Sie, für die Erhaltung der gemeinsam getragenen Bildungsinstitutionen Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern HSLU) und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) auch gemeinsam einzustehen.

**Wir rufen Sie hiermit dazu auf, die Luzerner Beiträge an diese wichtigen Bildungsinstitute weiterhin im bisherigen Umfang zu gewähren und die vom Regierungsrat im Rahmen des Entlastungspakets 2011 beantragten Kürzungen abzulehnen.**

Bekanntlich schlägt der Luzerner Regierungsrat im Entlastungspaket 2011 vor, den Luzerner Beitrag an die gemeinsamen Hochschulen HSLU und PHZ insgesamt um rund Fr. 3.5 Mio. (2011) und rund Fr. 6 Mio. (2012) zu kürzen. Für derart wichtige Entscheide über die künftigen Ressourcen der Hochschulen benötigen Sie als Entscheidungsgrundlage umfassende Informationen, insbesondere über die Auswirkungen möglicher Beitragskürzungen. Im Planungsbericht sind diese nicht enthalten (mit der Begründung, die Umsetzung allfälliger Sparmassnahmen läge ausserhalb Ihrer Kompetenz). Das Problem wird damit bagatellisiert; die beiden Zentralschweizer Hochschulen würden aufgrund der Kürzungen in existenzielle Probleme geraten. Wir stellen Ihnen deshalb weitere Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung und weisen zudem auf weit reichende Konsequenzen für die regionale Zusammenarbeit hin.

Wichtig sind folgende **Tatsachen**:

- Die HSLU hat tiefe Pro-Kopf-Kosten im Vergleich zu den anderen Schweizerischen Fachhochschulen. Sie liegen unter den Vorgaben des Bundes. Die Leistungsfähigkeit der HSLU ist bereits heute durch knappe Ressourcen begrenzt. Konsequenz: Weitere Beitragskürzungen treffen die Substanz und Wettbewerbsfähigkeit der HSLU. Bei Sparabsichten müsste richtigerweise diese Kostensituation berücksich-

tigt werden und nicht nur der Umsatz, welcher den Vorschlägen des Regierungsrates zugrunde liegt (S. 11 des Planungsbericht).

- Bereits durch die 2008 von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) beschlossenen Tarifmassnahmen muss die HSLU ab 2009 Ertragsminderungen von jährlich bis zu Fr. 8.5 Mio. verkraften, die vom Träger nur teilweise ausgeglichen wurden.
- Zudem sind die HSLU und die PHZ an die Lohnvorgaben des Luzerner Regierungsrates gebunden, u.a. an die bereits beschlossene Lohnerhöhung von 1.5 % per 1.9.2010, was den Handlungsspielraum massiv eingeschränkt.
- Die Kürzung des Luzerner Beitrages würde die HSLU und die PHZ gleich mehrfach treffen: Wegen der anteilmässigen Beteiligung der anderen Zentralschweizer Kantone sowie des Bundes würden die öffentlichen Beiträge für die HSLU und die PHZ im doppelten Umfang gekürzt (Seite 11 des Planungsberichts).
- Damit würden beide Hochschulen überproportional betroffen: Das gesamte Entlastungspaket liegt in der Grössenordnung von rund 1% (2011) bis 1.3% (2012) der laufenden Rechnung des Luzerner Staatshaushalts. Demgegenüber müsste beispielsweise die HSLU eine Reduktion der Beiträge um 6 % (2011) bis 11 % (2012) hinnehmen (unter Berücksichtigung der automatischen Reduktion der Beiträge durch die anderen Kantone).

Aufgrund dieser Tatsachen möchten wir auf folgende **Konsequenzen** hinweisen:

1. Im Fall der Umsetzung der Beitragskürzungen würden die HSLU sowie die PHZ ihr bisheriges Angebot kürzen müssen. Angesichts der bereits heute tiefen Pro-Kopf-Kosten ist damit zu rechnen, dass eine Teilschule der HSLU komplett geschlossen werden müsste. Damit würde das Herzstück des Bildungsstandorts Luzern bzw. Zentralschweiz gesamthaft in Frage gestellt. Über die Bedeutung des Bildungsstandorts Luzern sind sich Gesellschaft und Wirtschaft im Klaren: Eine Schwächung des Bildungsstandorts Luzern bedeutete den Verzicht auf die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte in der und für die Region, die Gefahr eines «Brain Drain» sowie den Verzicht auf ein enormes Wertschöpfungspotenzial (insbesondere auch zugunsten des Kantons Luzern), welches für die Luzerner Hochschulen auf rund 80 Mio. Franken errechnet worden ist (Quelle: Regionalwirtschaftliche Effekte der Hochschulen im Kanton Luzern, Universität St. Gallen / Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus, August 2006).
2. Die negative Wirkung der beantragten Reduktion zu Lasten der Zentralschweizer Bildungsinstitutionen HSLU und PHZ würde sich nicht auf diese Institutionen beschränken. Vielmehr wäre der Nerv der Zentralschweizer Zusammenarbeit betref-

fen. Bereits die Absicht des Regierungsrates, das PHZ-Konkordat aufzukündigen, hat die Frage ausgelöst, ob die Standorte Schwyz und Zug inskünftig mit Zürcher Institutionen zusammenarbeiten sollen. Hinzu kommt, dass der Kanton Luzern aus der NFA einen Beitrag von rund Fr. 335 Mio. erhält; fast ebenso viel bezahlen die Nachbarkantone Zug, Schwyz und Nidwalden zusammen in den NFA-Ausgleich. Es ist deshalb verständlich, dass diese Kantone auf Sparrunden zulasten gemeinsam getragener Zentralschweizer Institutionen sensibel reagieren. Mit den beantragten existenziellen Beschränkungen zu Lasten der HSLU und der PHZ würden die anderen Zentralschweizer Kantone zu Überlegungen gezwungen werden, ob ein Mittragen der gemeinsamen Bildungsinstitutionen in Zukunft sinnvoll bliebe. Wir hoffen nicht, dass diese Frage tatsächlich geprüft werden muss. Der Schaden zu Lasten der gesamten Region Zentralschweiz wäre aus unserer Sicht enorm.

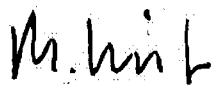
3. Augenfällig ist, wie derzeit auch Vertreter von Luzerner Behörden die Realisierung der «Salle modulable» vorantreiben. Wir anerkennen die grosse und auch innovative Bedeutung Luzerns als Kulturstadt. Die «Salle modulable» wird aber öffentliche Gelder binden, und die Mitbeteiligung der Zentralschweizer Kantone über den interkantonalen Kulturlastenausgleich wurde schon angedacht. Glaubwürdig sind solche Bestrebungen aber nur, wenn nicht gleichzeitig den bisherigen Zentralschweizer Bildungsinstitutionen die nötigen Mittel entzogen werden.

Für die Überlebensfähigkeit unserer Zentralschweizer Bildungsinstitutionen und generell für den Zusammenhalt der Zentralschweizer Kantone sind wir auf die Mitfinanzierung durch den Kanton Luzern im bisherigen Umfang angewiesen. Für dieses gemeinsame Ziel treten die Unterzeichneten in ihren Kantonen ein. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Vorsitzende der Fraktionen der Parlamente  
der Kantone Obwalden, Nidwalden, Schwyz, Uri und Zug**

**Kanton Zug**



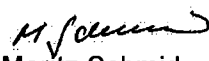
Martin Pfister  
Fraktionschef CVP



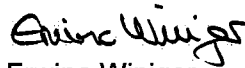
Daniel Gfunder  
Fraktionschef FDP



Markus Jans  
Fraktionschef SP



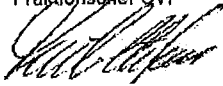
Moritz Schmid  
Fraktionschef SVP




Erwina Winiger  
Fraktionschefin Alternative –  
Die Grünen

**Kanton Uri**

Stefan Trüb  
Fraktionschef CVP

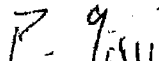


Stefan Baumann  
Fraktionschef FDP

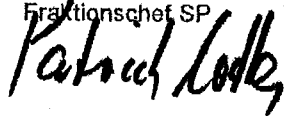
  
Armin Braunwalder  
Fraktionschef SP/Grüne

**Kanton Schwyz**


  
Andreas Meyerhans  
Fraktionschef CVP

  
Petra Gössi  
Fraktionschefin FDP

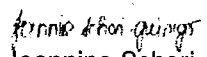
Patrick Notter  
Fraktionschef SP

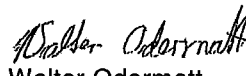


**Kanton Nidwalden**

  
Sepp Barmettler  
Fraktionschef CVP

  
Sepp Durrer  
Fraktionschef FDP

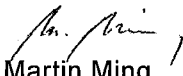
  
Jeannine Schori  
Fraktionschefin GN

  
Walter Odermatt  
Fraktionschef SVP

**Kanton Obwalden**



Lucia Omlin  
Fraktionschefin CVP



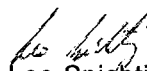
Martin Ming  
Fraktionschef FDP



Ruth Koch-Niederberger  
Fraktionschefin SP



Willy Fallegger  
Fraktionschef SVP



Leo Spichtig  
Fraktionschef CSP